

## INHALT

1. Aktuelle Stunde zur Bildungspolitik
2. Energiewende in Schleswig-Holstein kommt gut voran
3. Zukunft für unsere Kinder statt Schuldenstaat
4. Kein grünes Licht aus Brüssel für Glücksspielstaatsvertrag der 15
5. Ausbau des Glasfaserstandards kommt gut voran
6. Transparenzregeln des Landtags reichen aus
7. Traditioneller Frühlingsempfang der CDU-Landtagsfraktion

21.03.2012

### Aktuelle Stunde zur Bildungspolitik CDU hat klaren Kurs, SPD schlingert weiter



Heike Franzen, MdL

Nachdem seitens der Union in den vergangenen Wochen die Auswirkungen der SPD-Bildungsprogrammatik öffentlich gemacht wurden, sah sich die SPD in dieser Woche zu einer Pressekonferenz veranlasst. Auffällig war dabei, dass sich Spitzenkandidat Torsten Albig erneut aus der Debatte komplett heraus hielt.

Weiterhin hatte die SPD für heute eine „Aktuelle Stunde“ im Landtag beantragt, um über die Zukunft der Schulstandorte zu diskutieren. Die SPD kündigte dabei an, die Mindestschülerzahl für Gemeinschaftsschulen zu reduzieren, so dass es nicht zu Schulschließungen kommen werde. „Dass Gemeinschaftsschulen mit weniger als 300 Schülern pädagogischer Unsinn sind, weiß auch die SPD“, konterte CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen. Die Reduzierung der

Mindestschülerzahl an Gemeinschaftsschulen auf 240 lasse die Vermittlung aller drei Bildungsabschlüsse nicht mehr zu, oder führe zu Lerngruppen von unter zehn Schülern. „Jeder, der die letzten 21 Jahre unter SPD- Bildungsministerinnen erlebt hat, weiß, dass dieses Versprechen nur bis zum Wahltermin gilt“, so Franzen.

Die CDU Schleswig-Holstein dagegen habe auf ihrem Parteitag am 3. März ein klares Programm für unsere Schulen aufgezeigt. „Wir wollen keine Systemdebatten mehr über die Schulen in unserem Land. Wir setzen unser Vertrauen in die Lehrkräfte, die Eltern, die Schülerinnen und Schüler sowie die Schulträger“, so Franzen. Gymnasien, auch die mit G 9, Regional- und Gemeinschaftsschulen, Grundschulen, Förderzentren und die beruflichen Schulen sichere die CDU Ruhe im System zu.

Franzen und Fraktionschef Johannes Callsen forderten erneut SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig auf, endlich seine Bildungsprogrammatik zu erklären, und sich nicht hinter SPD-Landeschef Stegner zu verstecken: „Die Menschen in Schleswig-Holstein interessiert nicht was Herr Stegner will. Es wird deshalb Zeit das der SPD-Spitzenkandidat seine Bildungspolitik erklärt“, so Franzen.

---

## **Energiewende in Schleswig-Holstein kommt gut voran** **CDU und FDP im Land wollen deutschlandweites Monitoring der Energiewende**



Jens-Christian Magnussen, MdL

Mit gleich drei Anträgen haben CDU und FDP heute die Energiewende weiter vorangetrieben. So wurde der Forderung von Wirtschaftsminister Jost de Jager für ein deutschlandweites Monitoring der Fortschritte bei der Energiewende unterstützt. „Wir wollen als CDU frühzeitig über die Entwicklung beim Netzausbau, beim Repowering von Windkraftanlagen, bei der Zusammenführung von Windkraftstandorten, beim Zubau von Photovoltaik, Biomasse und Geothermie und auch der Integration von Stromspeichern informiert werden, um gegebenenfalls nachsteuern zu können“, erklärte CDU-Energieexperte Jens-Christian Magnussen. Dieses Monitoring müsse durch Wissenschaft und Energiewirtschaft beratend begleitet werden.

Weiterhin sprachen sich CDU und FDP für einen Feldversuch auf lokaler und regionaler Ebene zur Speicherung von Überschussstrom aus. „85 % aller Härtefallabschaltungen in Deutschland haben im Rahmen des Einspeisemanagements im letzten Jahr in Schleswig-Holstein stattgefunden. Wir wollen den erzeugten Überschussstrom nutzbar machen, um

volkswirtschaftliche Verluste zu vermeiden“, so Magnussen.

Der Energieexperte erklärte für die CDU, eine Kürzung der Einspeisevergütung bei Solaranlagen sei angesichts explodierender Energiekosten dringend geboten. Die Zubauraten von je 7.500 MW in den Jahren 2010 und 2011 seien deutlich zu hoch.

Magnussen: „Wir wollen einen vertretbaren Zubau von 3500 MW im Jahr. Es muss aber gleichzeitig sichergestellt sein, dass bei den notwendigen Kürzungen der Solarförderung angemessene Übergangsfristen garantiert werden.“ Dies sei angesichts der derzeit geplanten Fristen nicht gegeben.

Den Antrag zum Einspeisemanagement finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2300/drucksache-17-2320.pdf>

Den Antrag zum Monitoring finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2300/drucksache-17-2384.pdf>

---

### **Zukunft für unsere Kinder statt Schuldenstaat SPD und Grüne wollen mehr Schulden ermöglichen**



Tobias Koch, MdL

In der heutigen Landtagsdebatte über das Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse wurde erneut der Wille der Oppositionsparteien deutlich, die Verschuldung des Landes immer weiter zu erhöhen. Die Änderungsanträge der Oppositionsparteien zielten dabei darauf ab, die vorgesehenen Kreditobergrenzen weiter zu erhöhen und somit die Haushaltskonsolidierung aufzuweichen.

„Die Opposition macht einmal mehr deutlich, dass sie bei der Haushaltskonsolidierung vom komplett falschen Ende denkt. Es geht doch nicht darum, wie viele Schulden wir noch machen dürfen und wie wir diese Grenze bis zum Ende ausreizen können. Die Frage lautet doch: Wie können wir die Herausforderungen unseres Landes mit möglichst wenig neuen Schulden meistern“, so der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Tobias Koch.

Es gelte die Abwärtsspirale der immer weiter ansteigenden Verschuldung des Landes zu durchbrechen. CDU und FDP hätten mit dem aktuellen Doppelhaushalt bewiesen, dass dies möglich sei. Die Neuverschuldung könne dadurch bis in das Jahr 2014 auf unter 400 Millionen Euro gesenkt werden und auch strukturelle Neuverschuldung würde dabei auf 660 Millionen Euro sinken. Dieser Wert entspreche dabei ziemlich genau dem in der Finanzplanung 2011

vorgesehenen Wert von 670 Millionen Euro für 2014.

„Ob es am Ende wirklich gelingt, spätestens 2020 einen Landeshaushalt ohne neue Schulden zu verabschieden, ist keine Frage von einzelnen Paragraphen im Ausführungsgesetz. Es ist auch keine Frage von wohl klingenden Formulierungen in Anträgen und Resolutionen. Es ist einzig und allein die Frage, ob man dieses Ziel wirklich erreichen will und ob man sich dieser Verantwortung stellt. Wir als Union bekennen uns auch vor den Wahlen zu dieser Verantwortung und nehmen sie war“, so Tobias Koch abschließend.

---

## Kein grünes Licht aus Brüssel für Glücksspielstaatsvertrag der 15 Kritische Nachfragen zu zahlreichen Punkten



Hans-Jörn Arp, MdB

Kurze Aufregung am Dienstag Nachmittag: SPD-Fraktionschef Stegner erklärte in einem Pressegespräch, er sei gerade informiert worden, die EU-Kommission habe den Glücksspielstaatsvertrag der anderen 15 Bundesländer abschließend notifiziert. Die SPD werde einen Dringlichkeitsantrag stellen, damit Schleswig-Holstein endlich dem Vertrag beitrete. Auch die federführenden Staatskanzleien Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz erklärten, die geforderte abschließende positive Stellungnahme von der EU-Kommission liege nun vor.

Eine Lektüre des siebenseitigen Schreibens aus Brüssel – zum Vergleich: die abschließende Notifizierung des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes findet auf einer Seite Platz – führt zu anderen Ergebnissen: So stellt die EU-Kommission konkrete Nachfragen und fordert weitere Nachweise und Belege ein. Sie weist auf fehlende schlüssige Begründungen für die Begrenzung der Sportwettenlizenzen auf 20 sowie das Verbot von Online-Casinos und Online-Poker hin.

An mehreren Stellen wird die Erfordernis diskriminierungsfreier und transparenter Maßnahmen eingefordert, ausdrücklich auch mit Blick auf die Bevorzugung staatlicher Glücksspielanbieter. Auf Nachfrage der Nachrichtenagentur dpa ließ der zuständige EU-Kommissar denn auch erklären, dass die „abschließende Beurteilung durch die Kommission nicht die Möglichkeit ausschließt, dass die Kommission in der Folge ein Vertragsverletzungsverfahren in Bezug auf bereits notifizierte oder hinzugefügte Bestimmungen einleitet“.

Entsprechend urteilte die Tageszeitung „Die Welt“: „Brüssel verweigert grünes Licht für deutsches Glücksspiel“. Vor diesem Hintergrund lehnten CDU und FDP den

Dringlichkeitsantrag der Opposition ab: „Dringlich ist nur, dass Herr Stegner das Schreiben der Kommission einmal liest, bevor er Anträge stellt“, stellte CDU-Fraktionsvize Hans-Jörn Arp fest.

Am heutigen Mittwoch meldete sich EU-Kommissar Michel Barnier auch selbst zu Wort: „Wir haben keinen Blankoscheck, kein restloses grünes Licht gegeben“, sagte der verantwortliche Binnenmarktkommissar Michel Barnier am Mittwoch auf Nachfrage in Brüssel.

---

## **Ausbau des Glasfaserstandards kommt gut voran** **Flächendeckende Breitband-Grundversorgung in Schleswig-Holstein auf der Zielgeraden**



Karsten Jasper, MdL

Bereits 98 Prozent der Haushalte haben in Schleswig-Holstein Zugang zu einer 1 Mbit Übertragung. Mehr als jeder Vierte hat dabei schon heute Zugang zu 50 Mbit oder dem Glasfaserstandard von 100 Mbit. Dies hielt Karsten Jasper in seiner heutigen Landtagsrede zur Breitbandversorgung in Schleswig-Holstein fest.

Jasper betonte dabei auch die Notwendigkeit, bis zu dem Jahr 2020 einen flächendeckenden Glasfaserstandard in Schleswig-Holstein zu erreichen. „Der Mittelstand in Schleswig-Holstein braucht eine schnelle Internetverbindung im gesamten Landesgebiet. Insbesondere der ländliche Raum benötigt diese, um auch weiterhin an der wirtschaftlich dynamische Entwicklung Teil haben zu können. Schon heute ist die Breitbandversorgung ein ganz wesentlicher Standortfaktor in den Kommunen vor Ort“, so Karsten Jasper. Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung hat dazu 2009 ihre Breitbandstrategie bis 2020 vorgestellt, um die Breitbandversorgung auf dem Land zu verbessern und dringend benötigte Wachstumsimpulse für die Wirtschaft zu geben. Die Landesregierung unterstützt dabei den Breitbandausbau mit drei Millionen Euro jährlich und erschließt dadurch neue Wachstumspotentiale für die mittelständische Wirtschaft im Land.

Breitbandanschlüsse sind im digitalen Zeitalter die Voraussetzung für eine bessere Gesundheitsversorgung, für moderne Mobilitätsangebote, moderne schulische und berufliche Bildung, sowie der Weiterentwicklung von Telearbeitsplätzen. „Es ist daher richtig, dass wir die Förderung der Verlegung von Leerrohren, zur Erschließung von Glasfasernetzen im ländlichen Raum, auch weiterhin zusammen mit Fördermitteln von Bund und EU unterstützen“, so Karsten Jasper abschließend.

## Transparenzregeln des Landtags reichen aus CDU und FDP lehnen Oppositionsanträge auf Übernahme der Bundestagsregelung ab



Werner Kalinka, MdL

Der Antrag der Oppositionsfraktionen, das so genannte „Stufenmodell“ des Bundestages im Hinblick auf Verhaltensregeln und Veröffentlichungen für Abgeordnete des Landtags zu übernehmen, wurde in der heutigen Sitzung durch CDU und FDP abgelehnt. „Niemand sollte so tun, als hätte er die Transparenz erfunden. Wer hier was beruflich tut oder früher getan hat, ist kein Geheimnis in diesem Land. Veröffentlicht werden Angaben zu sieben verschiedenen Kategorien. Darunter Aufsichtsratsstätigkeiten, relevante Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, Gutachtertätigkeiten, oder die Mitgliedschaften in Interessenverbänden“, begründete CDU-Innenexperte Werner Kalinka die Ablehnung.

Auch die Tätigkeiten und Nebentätigkeiten der Mitglieder der Landesregierung könnten heute bereits eingesehen werden. Die Verfassung verbiete Nebentätigkeiten und stellt Ausnahmen unter den Zustimmungsvorbehalt des Parlaments. Insofern fordere die Opposition Dinge ein, die es bereits heute gebe. Im Übrigen seien alle Vorschläge nahezu Wortgleich schon in der 16. Legislaturperiode von den Grünen vorgelegt worden.

Im Hinblick auf das Stufenmodell des Deutschen Bundestags für Nebeneinkünfte betonte Kalinka, dies sei wenig gelungen. „Wenn man sich die Internetseite des Bundestags ansieht und über einen Abgeordneten liest, dass er bei den Nebeneinkünften in den anonymisierten Stufen 1, 2 oder 3 steht, dann besagt das wenig und ist auch kein besonderer Fortschritt. Und es ist der Opposition auch nicht gelungen, einen kreativen oder besseren Vorschlag zu machen, der das öffentliche Informationsinteresse und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung besser mit einander vereinbaren kann. Man ist deshalb als Abgeordneter nicht automatisch gegen Transparenz, wenn man diese wenig ergiebigen Vorschläge ablehnt“, so Kalinka abschließend

## Traditioneller Frühlingsempfang der CDU-Landtagsfraktion Verein Schutzengel Flensburg e.V. zu Gast

Wie in den vergangenen Jahren, so folgten auch in diesem Jahr zahlreiche Gäste aus Wirtschaft, Verbänden und Politik der Einladung der CDU-Landtagsfraktion zum traditionellen Frühlingsempfang in den Drathenhof nach Molfsee.

Im Rahmen dieser Veranstaltung bietet die CDU-Landtagsfraktion, Vereinen und Verbänden die Möglichkeit ihre Arbeit den zahlreichen Gästen zu präsentieren. In diesem Jahr stellte sich der Verein Schutzengel Flensburg e.V. vertreten durch die erste Vorsitzende Christiane Dethleffsen vor.

Der Verein Schutzengel hat es sich zur Aufgabe gemacht, Mütter und Väter in der Schwangerschaft und nach der Geburt, bei der Erziehung, der Haushaltsführung und bei persönlichen Problemen zu unterstützen und somit ein behütetes und sicheres Aufwachsen der Kinder zu ermöglichen. Der Verein unterhält offene Familientreffpunkte und begleitet Familien zu Hause.

Mit einem beeindruckenden Film über die Arbeit der Schutzengel und ihren anschließenden Ausführungen zeigte Christiane Dethleffsen, mit wieviel Engagement und Einsatz Sie und die zahlreichen hauptamtlichen und ehrenamtlich Helfer und Helferinnen jungen Familien und alleinerziehenden Müttern zur Seite stehen und somit den Kindern dadurch langfristig die Chance auf einen Platz in der Gesellschaft und nicht am Rande ermöglichen.



Johannes Callsen mit Christiane Dethleffsen von Schutzengel e.V. und Spitzenkandidat Jost de Jager

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)